

## **K+S und Behörde im Fadenkreuz**

### **Gerstungen nennt Vorgänge "unvorstellbar"**

Gerstungen. Die Vorgänge seien außerhalb jeglichen rechtsstaatlichen Vorstellungsvermögens, zeigt sich die Gemeinde Gerstungen entrüstet. Die im Zuge des Verwaltungsrechtsstreits der Gemeinde Gerstungen vor dem Verwaltungsgericht Kassel bekannt gewordenen Vorgänge sprengen aus Sicht der Gemeindeverwaltung jedes Vorstellungsvermögen, heißt es in einer Mitteilung.

In dem Verfahren geht es um die sogenannte Übergangserlaubnis zur Versenkung für die Kali + Salz GmbH bis Ende des Jahres. Die Staatsanwaltschaft Meiningen stellte dem Verwaltungsgericht Kassel Dokumente zur Verfügung, die bei den Durchsuchungen bei K+S im September gefunden worden waren. Die Anforderung des Gerichts wurde damit begründet, dass die Dokumente auch für die laufenden Verfahren relevant sein könnten.

Der von der Gemeinde beauftragte Rechtsanwalt Alexander Reitinger wertete diese Dokumente sowie die zwischenzeitlich erteilte Akteneinsicht in die Verwaltungsakte des RP Kassel aus. Diese Dokumente belegten unter anderem, dass die K+S-Führung über die Risiken der Versenkung einschließlich der Gefährdung der Trinkwasserversorgung informiert war. Ebenfalls sei massive politische Einflussnahme nachgewiesen worden, um die von den Behörden erkannte fehlende Genehmigungsfähigkeit der Versenkung von Salzabwasser zu überwinden. Erschreckend ist für die Gemeinde Gerstungen auch die Dokumentation "unzulässiger Vorabsprachen" von K+S-Mitarbeitern mit Sachverständigen, die von der Behörde bestellt wurden. "Diese sollten eigentlich als unabhängige Gutachter die Sicherheit der Trinkwasserversorgung prüfen", heißt es im Schreiben.

Die Auswahl der Standorte von Überwachungsmessstellen durch K+S sei offenbar danach erfolgt, an welcher Stelle am wenigsten mit Salzabwassernachweis gerechnet werden konnte. An einer Messstelle sei jedoch massiv Salzabwasser nachgewiesen worden.

"Dort wollte ausgerechnet ein Vorstandsmitglied der K+S AG vor der offiziellen Beprobung Süßwasser in die Messstelle pumpen, um das Salzabwasser wegzudrücken", betont die Gemeinde Gerstungen. Das schlage dem Fass den Boden aus.

Darüber hinaus gebe es auch in den aktuellen Verfahren Anhaltspunkte für erhebliche Manipulationen in den Verfahrensakten. Die Gemeinde Gerstungen habe Hinweise, dass eine Art Parallelverfahren unter Mitwirkung des hessischen Umweltministeriums installiert worden sei, um sicherzustellen, dass Stellungnahmen von Fachbehörden nicht ungeprüft in die Verwaltungsakte gelangen. "Offensichtlich wollten das Umweltministerium und das RP Kassel vermeiden, dass Stellungnahmen hessischer Fachbehörden zu Lasten der Versenkung dokumentiert werden", macht die Gemeinde klar.

Die Glaubwürdigkeit der Genehmigungsbehörde sei mehr als erschüttert und deshalb muss nach Auffassung der Gemeinde dort ein personeller Neuanfang stattfinden.

Neue Versenkerlaubnis nur noch ein Traum?

Dass K + S trotz eigener gegenteiliger interner Feststellungen entsprechend den nunmehr bekannt gewordenen Dokumenten die Trinkwassergefährdung weiter leugnet, ist für Gerstungens Bürgermeister Werner Hartung bezeichnend. "Es entsteht der Eindruck, dass die Konzernverantwortlichen unter erheblichem Realitätsverlust leiden." Von einer neuen Versenkerlaubnis dürfte nunmehr nur noch die "alte Garde" von K+S träumen.

Eine tragfähige Grundlage für zukunftsfähige und rechtssichere Lösungen bietet der 3-Stufenplan der Werra-Weser-Anrainerkonferenz mit:

- der sofortigen Einstellung der Versenkung,
- dem Aufbau einer zeitgemäßen, rechtssicheren und Arbeitsplätze schaffenden rückstandsfreien Produktion sowie
- der Einstellung der Einleitung in die Werra ab 2021.